

Ex-Revolutionsheldin Timoschenko

"Ich kämpfe gegen die Mafia"

Sie war das Gesicht der "Revolution in Orange", doch jetzt steht Julija Timoschenko unter Druck: Der Präsident lässt gegen sie ermitteln, Mitstreiter wurden verhaftet. Im Interview berichtet sie über Manipulationen vor der Regionalwahl - und die Rückkehr der Angst in die Ukraine.

Fünf Jahre nach der "Revolution in Orange" droht der Opposition in der Ukraine eine vernichtende Niederlage. Laut Umfragen wird die "Partei der Regionen" am Sonntag die Regionalwahlen deutlich gewinnen.

Seit seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Februar hat der russlandfreundliche Staatschef Wiktor Janukowitsch seine Macht im Eiltempo gefestigt: Parlamentsabgeordnete und Regionalfürsten wurden aus den Reihen der Opposition abgeworben, die Wahlgesetzgebung verschärft.

Richter erklärten Anfang des Monats die Verfassungsreform von 2004 für nichtig, **schränkten die Rechte des Parlaments ein und erweiterten die Vollmachten des Präsidenten.**

Der Geheimdienst SBU zieht unterdessen in Europas zweitgrößtem Land die Daumenschrauben fester: Journalisten werden vorbeugend zu Verhören einbestellt, Mitarbeiter des Fernsehens klagten über Zensur.

Nichtregierungsorganisationen beklagen Einschnitte bei der Pressefreiheit: Binnen einem Jahr fiel die Ukraine im Ranking der Pressefreiheit von "Reporter ohne Grenzen" von Platz 89 auf Rang 131 zurück.

Besonders in Bedrängnis geraten: Julija Timoschenko, 49, vor fünf Jahren Galionsfigur der demokratischen "Revolution in Orange". Engste Vertraute der ehemaligen Premierministerin wurden verhaftet, auch gegen Timoschenko selbst wird ermittelt.

SPIEGEL ONLINE: Frau Timoschenko, fühlen Sie sich in die Enge getrieben?

Timoschenko: Das ist nicht meine Empfindung, sondern die der ganzen Gesellschaft. Das hatten wir in den zwei Jahrzehnten unserer Unabhängigkeit noch nie: die Menschen spüren eine tiefe Furcht. Wenn ich heute durch das Land reise, sehe ich Angst in den Augen der Menschen, zum ersten Mal in meiner Karriere als Politikerin. Die Menschen fühlen sich in die Enge getrieben. Mit dem neuen Steuerkodex verlieren kleine und mittlere Unternehmen ihre Existenzgrundlage. Der Steuerterror hat dazu geführt, dass tausend Unternehmer freiwillig den Behörden ihre Registrierung zurückgegeben haben. Da ist auch eine zweite Art von Furcht: die Angst der Andersdenkenden. Systematisch werden Blogger, Journalisten und Oppositionspolitiker vom ukrainischen Geheimdienst SBU vorgeladen. Man fordert von ihnen Erklärungen, warum sie nicht das gleiche denken wie die Staatsmacht. Und es gibt die Angst der einfachen Leute, der Fabrikarbeiter, der Rentner und Lehrer, weil in den Geschäften die Preise zwei-, dreimal pro Tag erhöht werden, die Löhne und Renten aber nicht.

SPIEGEL ONLINE: Was haben Preissteigerung mit der Regierung Janukowitsch zu tun?

Timoschenko: Sie sind Folgen inkompetenter Wirtschaftspolitik. Es gibt keine Reformen im Land. Statt Sozial- und Wirtschaftsreformen anzupacken, wird die Konzentration aller Macht in den Händen eines einzelnen Mannes vorangetrieben. Das wird uns dann als wichtigste Reform verkauft. Die Frage ist aber doch: Wofür braucht der Präsident diese Macht, wenn nicht für Reformen?

SPIEGEL ONLINE: Bei den Regionalwahlen am Sonntag droht ihnen eine vernichtende eine schwere Niederlage. Umfragen sehen ihre Partei bei gerade einmal 10 Prozent. Schon werden Stimmen laut, die vom "Ende der Ära Timoschenko" sprechen.

Timoschenko: Davon träumen meine Gegner, dass mein Rückhalt bei den Leuten und unsere politische Kraft einfach verschwinden möge. Aber das sind Wunschträume, die niemals Realität werden. Bei den Präsidentschaftswahlen im Februar erreichten wir fast den gleichen Stimmenanteil wie Janukowitsch. Seitdem aber formiert die Staatsmacht gegen mich spezielle, ideologisch-propagandistische Konzepte. Eines davon haben Sie sich gerade zu Eigen gemacht. 59 Prozent der Bevölkerung sind davon überzeugt, dass die Wahlen gefälscht werden. Jetzt wird die letzte Errungenschaft der Revolution zerstört, die uns noch geblieben war: Die fairen Wahlen.

SPIEGEL ONLINE: Sie werfen der regierenden "Partei der Regionen" von Präsident Janukowitsch Wahlfälschung vor. Können Sie das beweisen?

Timoschenko: Sowohl in der zentralen Wahlkommission als auch in den Kommissionen der einzelnen Wahlbezirke hat die Staatsmacht die absolute Mehrheit. Die Regierung hat zudem ein Gesetz verabschiedet, nach dem in den Kommissionen Entscheidungen getroffen werden können, selbst wenn von 18 Mitgliedern nur drei anwesend sind. Mit solchen Dreiergremien, Troika genannt, haben wir schon Erfahrung: Unter Stalin wurden von solchen Troikas im Schnellverfahren Erschießungen, Verhaftungen und Deportationen politischer Gegner abgesegnet. Laut Gesetz dürfen diese Troikas auch Beobachter aus Wahllokalen entfernen lassen. So etwas hat es selbst zu Zeiten von Präsident Kutschma nicht gegeben. Heute wirkt der Diktator Kutschma neben dem "Demokraten" Janukowitsch wie ein Friedenstäubchen.

SPIEGEL ONLINE: Sie wollen nicht im Ernst Janukowitsch mit dem Sowjetdiktator Stalin vergleichen. Janukowitsch siegte demokratisch bei den Präsidentschaftswahlen, Stalin ließ Millionen Menschen ermorden.

Timoschenko: Natürlich nicht. Fakt aber ist: Wenige bestimmen den Ausgang der Wahl. In der Stadt Charkow deckten Abgeordnete meiner Partei zudem auf, dass in der Druckerei "Folio Plus" illegal 720.000 Stimmzettel gedruckt wurden.

"Das Land ist kriminellen Vereinigungen in die Hände gefallen"

SPIEGEL ONLINE: Wer steht nach Ihrer Meinung dahinter?

Timoschenko: Die Verwaltung des Präsidenten. In der Region Iwano-Frankowsk stießen Aktivisten auf 190.000 Stimmzettel. Von welchen Wahlen sprechen wir, wenn Hunderttausende Stimmzettel unkontrolliert im Umlauf sind?

SPIEGEL ONLINE: Wenn diese Vorwürfe stimmen, warum gehen sie nicht juristisch dagegen vor?

Timoschenko: Nach dem Amtsantritt hat Janukowitsch eine Justizreform durchgesetzt und einen neuen "Obersten Justizrat" geschaffen, eine Art Übergericht. Dieser Rat kann jeden Richter im Land feuern. Er hat überdies das Recht, den Gerichten Verfahren in jedem Stadium zu entziehen. Die gesamte Chef-Etage der Generalstaatsanwaltschaft gehört dem Rat an, daneben der Chef des Geheimdienstes und Mitarbeiter der Präsidentenverwaltung. Wie kann ein Richter unabhängig Recht sprechen, wenn er de facto der Staatsanwaltschaft untergeordnet ist? Über hundert Richter wurden bereits gefeuert, vor allem solche, die früher Entscheidungen gegen Janukowitschs Mannschaft fällten.

SPIEGEL ONLINE: Mehrere Ihrer Mitstreiter wurden verhaftet, gegen andere laufen Ermittlungen. Was hat sich ihre Regierung zu Schulden kommen lassen?

Timoschenko: Bei allen Inhaftierten geht es um ein und denselben Fall: Die Affäre um den Gaszwischenhändler RosUkrEnerg. Dieser Zwischenhändler ist der große, korrumpierte Futtertrog der Führer unseres Landes, ab 2004 diente er als Schattenkasse aller Präsidenten der Ukraine.

SPIEGEL ONLINE: Sie hatten diesen Zwischenhändler 2009 ausgeschlossen, als Premierministerin.

Timoschenko: Russland und die Ukraine brauchen keine Vermittler, das führt nur zu zweifelhaften Finanzströmen, zum versickern von Geldern. So war es auch bei den 1,7 Milliarden Dollar, mit denen RosUkrEnerg 2009 bei Russland in der Kreide stand: Die Ukraine hatte sie gezahlt, aber in Moskau kamen sie nie an. Auch gegen mich wird nun ermittelt.

SPIEGEL ONLINE: Präsident Janukowitsch hat RosUkrEnerg wieder mit ins Boot geholt. Die Zwischenhändler sind zurückgekehrt.

Timoschenko: Sie sind nicht nur zurückgekehrt, sie sind zur Staatsmacht geworden. Einer der Eigner von RosUkrEnerg, der Oligarch Dmitrij Firtasch, war Hauptsponsor des Wahlkampfs von Janukowitsch. Ein Geschäftspartner von Firtasch leitet heute die Administration des Präsidenten. Janukowitsch, davon bin ich überzeugt, hält sich heute RosUkrEnerg als Hauptfinanzierungsquelle für seine politischen und außerpolitischen Tätigkeiten.

SPIEGEL ONLINE: Fürchten Sie selbst die Verhaftung?

Timoschenko: Ich habe keine Angst: Ich weiß, mit wem ich es zu tun haben. Ich kämpfe seit zehn Jahren gegen diese mit Geld, Medien und Macht gut bewaffnete Mafia.

SPIEGEL ONLINE: Wollen Sie sagen, die Ukraine sei heute ein Kriminellen-Staat?

Timoschenko: Nein. Aber das Land ist kriminellen Vereinigungen in die Hände gefallen.

SPIEGEL ONLINE: Wenn das so ist: Warum hat die "Revolution in Orange", die Sie mit anführten, nicht vermocht, die Demokratie dauerhaft zu festigen.

Timoschenko: Ich bedaure, dass das Land nach der Revolution, wegen der Schwäche des Anführers, auf den wir alle unsere Hoffnungen setzten...

SPIEGEL ONLINE: ...Sie meinen ihren ehemaligen Bundesgenossen und Ex-Präsidenten Wiktor Juschtschenko...

Timoschenko: ...in einer ausweglosen Situation ist. Meine Konflikte mit Juschtschenko waren nicht persönlicher Natur, sondern ein Konflikt von Werten. Nach der Revolution hatte RosUkrEnerg in Juschtschenko leider einen neuen Schutzherrn gefunden. Damit konnte ich mich nicht abfinden: Die Menschen sind doch nicht dafür zu Hunderttausenden auf den Maidan gegangen!

SPIEGEL ONLINE: Sie gelten als westorientiert, Janukowitsch dagegen als pro-russisch. Hat sich Moskaus Einfluss auf Politik und Wirtschaft verstärkt?

Timoschenko: Wenn der Präsident an der Macht bleiben will, muss er mit jedem Monat seiner fehlgeschlagenen Wirtschaftspolitik eine immer radikalere Politik der Annäherung an Russland einschlagen. Mit jedem Mal gibt er mehr und mehr der politischen Interessen der Ukraine preis.

SPIEGEL ONLINE: Die Regierung hat vorgeschlagen, mit dem russischen Staatskonzern Gazprom ein Joint Venture einzugehen, zu Moskaus Bedingungen. Welche Vorteile könnte das für das Land bringen?

Timoschenko: Gar keine. Das wäre die völlige Preisgabe unserer ohnehin schwachen energiepolitischen Unabhängigkeit. Ich habe immer gesagt: Unser Gastransportsystem (mit den Pipelines, die Richtung Westeuropa führen, Anmerkung der Redaktion) muss ein Monopol in staatlicher Hand bleiben. Wenn wir die Kontrolle darüber verlieren, verwandelt sich die Ukraine energiepolitisch in ein von Russland vollkommen abhängiges Land. Das stärkt den Einfluss unseres Nachbarn auf alle Aspekte unseres Lebens. Im Moment ist unser Land schutzlos.

SPIEGEL ONLINE: In Brüssel und Washington wird der einst geächtete Janukowitsch inzwischen aber als Gesprächspartner akzeptiert. Ein Fehler?

Timoschenko: Uns schockieren Erklärungen, man begrüße die "Stabilität im Land", die angeblichen Reformen und den Wunsch, sich Richtung Europa zu bewegen. Hält die Welt denn Einschränkungen der Demokratie für eine Reform? Sind Wahlfälschungen eine Bestätigung der Freiheit? Ich bitte die Führer aller demokratischen Länder nur um eins: Nennen Sie die Dinge bei ihrem Namen.

Das Gespräch führte Benjamin Bidder in Kiew

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726133,00.html>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

Ukraine: Präsident Janukowitsch erhält mehr Macht (01.10.2010)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,720717,00.html>

Fotostrecke: Heldin mit dem Rücken zur Wand

<http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-61014.html>

© SPIEGEL ONLINE 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH